

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

147 (28.6.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 28 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 28 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Ablagen abgeholt 20 M monatlich. — Einzelheft 1 M.

Ausgabe: Berlags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 8.40 M, auswärts 4.—M. Die Zweispaletze 15.—M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die „Volkshfreund“-Interpellation im badischen Landtag

Eine scharfe Abrechnung mit der Reaktion

Eine Landtagskundgebung der Trauer und des Protestes gegen den politischen Meuchelmord

Ein der bedeutendsten Landtagskündgebungen der laufenden Session. Vormittags eine überaus würdig verlaufene Trauerkundgebung für den gemordeten Rathenau. Nachmittags politische erregte Tropentemperatur: Die deutschnationalistische Interpellation, was die Regierung gegen den „Volkshfreund“ zu tun gedente, weil er gelegentlich des Attentats auf Scheidemann verschiedene Vorwürfe gegen die Deutschnationalen erhob, stand zur Beratung. Mitterweile hatten gelehrte Schüler deutschnationaler Mordbege mit dem Mord Rathenaus bereits die Antwort gegeben. Die Erwiderungen der verschiedenen Parteiredner auf die deutschnationalistische Anfrage lag daher in der Luft. Zündend und satirisch lauten von der Ministerbank, von den Rednern der Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Unabhängige die Schläge auf die deutschnationalistische Mordbege. Und dennoch. Den Deutschnationalen wird die Abfertigung ebenso gleichgültig bleiben, wie den fanatisierten Studenten, die Erkenntnis, daß mit Rathenau, dessen Mord sie feiern, der bedeutendste deutsche Staatsmann der Gegenwart uns entzogen wurde. Soll die getrige Sitzung einen Wert besitzen, soll Rathenaus Werk nicht vergehen, dann muß die badische Regierung, die deutsche Regierung dies nunmehr durch Taten erweitern. Sowohl um der Erhaltung der Republik wie der Erziehung des deutschen Volkes willen. Wir hoffen in der Besetzung und in der Verwaltung diese Taten bald und klar erkennen zu können.

Karlsruhe, 27. Juni.

Die auf heute vormittag 10 Uhr einberufene Landtagskündgebung war an Stelle der ursprünglichen Tagesordnung der Trauerkundgebung für den durch Meuchelmord gefallenen Außenminister Dr. Walter Rathenau gewidmet. In feierlichem Ernst nahmen das gutbesetzte Haus und die Tribünen die würdigen Kundgebungen entgegen.

Präsident Wittenmann:

Deutschland steht im Zeichen der Trauer und des Entschens. Walter Rathenau ist einem Meuchelmord zum Opfer gefallen. Noch ist der Mord an Erzberger nicht geführt. Schon ist wieder einer der Edelsten unseres Volkes gefallen. Ein Geist der Untat herrscht, der vor keinem Verbrechen zurückzuckt. Diejenigen, welche sich zu derartigen Verbrechen hergeben, sehen sich über jede moralische Hemmung hinweg. Wir wissen, daß es heute in Deutschland gibt, die die Männer hinhordern, die unsern Staat wieder aufrichten wollen. Das Geheiß muß mit allen Mitteln die Vertreter des jetzigen Systems und seine Institutionen schänden. Es handelt sich bei Rathenau um einen Mann von starker Vaterlandsliebe, der im In- und Ausland höchste Anerkennung fand. Er ist sich nicht um das Amt. Schon zeigten sich die Erfolge seines Wirkens. Da wurde er ermordet. Wir wissen nicht, wer ihn erschoss. Wir protestieren gegen den Geist der Gewalttat und wollen der Regierung helfen, wenn sie diesen Geist bekämpft. Der demokratischen Partei und seiner Mutter sprechen wir unser Beileid aus. Wir wollen uns hinter die Männer stellen, die es sich zur Pflicht machen, den Bestand des Vaterlandes in seiner jetzigen Form zu sichern.

Staatspräsident Hummel:

Das Attentat beleuchtete bittend die Situation in Deutschland. Das badische Staatsministerium billigt die Maßnahmen der Regierung und unterstützt sie in der Durchführung. Wir sind es dem Andenken des ermordeten Staatsmannes schuldig, in der Art unserer Politik ihm ein Denkmal zu errichten. Es war Rathenau gelungen, das europäische Konzert, mit Ausnahme unseres bittersten Feindes, davon zu überzeugen, daß nur der Weg der wirtschaftlichen Vernunft nach aufwärts führt. Seine Feinde und Mörder stehen nun vor den Trümmern, die der Mord geschlagen. Mögen die Führer der deutschen Wirtschaft an den Schäden erkennen, wo die wirklichen Feinde der deutschen und der nationalen Einheitsfront stehen. Wir Republikaner haben jetzt die Zeichen der Zeit erkannt. Wer ein Freund der deutschen Kultur und der deutschen Einheit ist, muß an der Republik mitarbeiten. Wir erwarten die Zukunft Deutschlands nicht von einer Bekehrung der Arbeiterschaft, sondern in der Einführung der Arbeiterschaft zur deutschen Kultur und deutschen Wirtschaft. Nur auf dem Boden der Gleichberechtigung kann sich der deutsche Aufstieg vollziehen. Wenn wir im Geiste dieser Ideen arbeiten, dienen wir am Besten dem Andenken des Toten.

Präsident Wittenmann schlägt dem Hause vor, sich nunmehr auf nachmittags 5 Uhr zu vertagen, wobei alsdann zuerst die deutschnationalistische Interpellation gegen den „Volkshfreund“ wegen des Attentats auf Scheidemann zur Behandlung kommen soll. Das Haus ist damit einverstanden.

Nachmittags-Sitzung.

Präsident Wittenmann eröffnet die Sitzung um 5.10 Uhr. Das Haus und die Tribünen des Hauses sind dicht besetzt. Eingegangen ist eine kommunistische Interpellation, wie der deutschnationalen-anthemsinnigen Mordbege ein Ende bereitet werden kann.

Die deutschnationalistische Interpellation gegen den „Volkshfreund“ wegen des Attentats auf Scheidemann

Abg. Dr. Walter-Karlsruhe (D.N.): Das Attentat auf Scheidemann ist noch nicht aufgeklärt. Man kennt die Urheber nicht. Man deutete jedoch wie auf Kommando auf die Deutschnationalen. Die Zeitungen der Rechten überboten sich in dieser Unterstellung. Unter den Blättern mit härtesten Wendungen befand sich der „Volkshfreund“. Im „Volkshfreund“ wird von der struppeligen Hege deutschnationaler Blätter gegen Scheidemann gesprochen. Es wird gesagt, nationalistische Mordbegehungen enthalten. Die sozialdemokratische Partei. In einer Kundgebung der sozialdemokratischen Partei sind ähnliche Mordbegehungen gesprochen. Solche Aufreizung sinnloser Leidenschaft bringen unser Volk noch um. (Stillesekte.) Darum haben wir diese Anfrage gestellt. Wir haben zur badischen Regierung das Vertrauen, daß sie unparteiisch ist. Diesem fröhlichen Treiben muß der Boden entzogen werden. Wir denken an einen Appell an die Vernunft, an die Gerechtigkeit, an die Selbstbestimmung. (Stillesekte.) Bewiesen ist gegen die Deutschnationalen nichts, und es kann auch nichts bewiesen werden. (Zwischenruf links: Für Unschuldsklärung.) Auch die deutsche Schuld am Attentat ist nicht bewiesen, sondern eine Lüge. (Abg. Bad (Komm.): Das glauben Sie ja selbst nicht.) Das deutsche Volk ist ein Opfer geworden (Abg. Frau Unger (U.S.P.): Der Wille im Schafspel), ein Opfer der Lüge. Wir mißbilligen den Angriff auf Scheidemann (Heiterkeit links). Man muß uns glauben. Die Regierung muß beruhigend wirken. (Abg. Walter-Karlsruhe (Soz.): Wenn man euch vors Gericht stellen würde, so kämet ihr ins Zuchthaus.) Unsere Anfrage war getreu (Abg. Bad (Komm.): Getreu, was sie nicht.) Der Staat muß moralisch wirken.

Innenminister Kemmel:

In diesen ersten Tagen war die jetzige Rede eine Probenation. Wir fragen uns in der Regierung, mit welchen Gefühlen die Deutschnationalen diese Anfrage stellen und wie sie das Vorgehen des Staatsanwalts gegen den „Volkshfreund“ beklagen. Dabei wird von der eben gebildeten Parteiführung ständig gegen die Regierung gehet. Und zwar in einer Weise, daß man fragt,

wie lange sich die Regierung dies gefallen läßt.

Wir haben bis heute in den letzten Wochen eine Zeit durchlebt, wie vor dem Kapp-Putsch und vor dem Erzberger-Mord. Die Vorgänge in Bayern und bei den Johannistagen zeigen, was die Deutschnationalen erwarten. Wir haben mit dieser Not und Mühe die Vorgänge von 1918 überstanden und waren bestrebt, die Volkseinheit zu erhalten. Mit zusammengekauften Säulen sah das Volk die alte Reichsflagge hängen. Die neue Reichsflagge wurde jedoch heruntergeholt. Der evangelische Kirchenrat, der das Wohlwollen der Regierung nötig hat, hängt beim Verlust Oberschleusens die schwarz-weiß-rote Fahne heraus. (Abg. Walter-Karlsruhe: Wollen Sie gegen die evangelische Kirche gehen?) Nein, ich gehe nicht. Aber ich spreche die Wahrheit. Abg. Hertle vom Landbund hielt es für nötig, dem Reichspräsidenten und dem Minister Kemmel Untüchtigkeit vorzuwerfen, weil sie nur die Volksschule besuchten. So wird gehet. Zum Vorgehen gegen den „Volkshfreund“ wegen des Artikels ist die Regierung gar nicht imstande. Es ist interessant, daß die Ermordung Erzbergers erfolgte nach einer außenpolitischen Hege der Deutschnationalen. Genau so ging es beim Mord an Rathenau nach der Hege Heffers. Schwache Personen erliegen leicht dieser deutschnationalen Hege. Die Mittel für die Mordbege werden, das muß gesagt werden, durch Sammlungen der Industrie, der Arbeiterschaft jahreslang und Gleichberechtigung. Sie wurde verfolgt und gemordet. Aber nie griff sie zu ungesetzlichen Mitteln. Trotz Sozialistengeißel damals, keine Entartung der Seiten. Durch diese Mordbege steht die Republik in großer Gefahr. Die deutschnationalistische Anfrage zeigt, wie stark man sich bei den Deutschnationalen fühlt. Wenn der „Volkshfreund“ den Deutschnationalen ins Gewissen redet, so ist dies eine Sache der Beteiligten für die Regierung besteht kein Anlaß zum Einschreiten. Die Regierung hat noch nie nach dem Vertrauen der Deutschnationalen geist, sie geizte aber auch nicht nach dem Vertrauen der Kommunisten. Denn beide Teile verurteilen die Republik zu untergraben. Wir sind seit davon überzeugt, so wie bisher kann es nicht weitergehen. Erstmal hat keinen Wert. Wir müssen jetzt jenen Teil des Aufbaues leisten, der

die Existenz der Republik sichert.

(Zwischenruf: Aber sofort!) Reich und Länder werden dabei zusammenarbeiten. Die Verhältnisseverhältnisse und ein Teil der Verantwortung muß hierbei in Prüfung genommen werden. Wir lassen mit der Republik nicht schändlich treiben. Wir danken den Deutschnationalen für ihre Anfrage, denn sie gab Anlaß, die Dinge zu beleuchten.

Abg. Marum (Soz.):

Bei Einbringung der deutschnationalen Anfrage dachte niemand daran, daß dem Attentat auf Scheidemann so schnell ein anderes folgen werde. Es gehört ein gehöriger Strich Anmaßung dazu, wenn die Deutschnationalen sich über den Ton des „Volkshfreund“ entrüsten. Dazu haben die Deutschnationalen mit dem Cassenbubentun in ihren Zeitungen keinen Anlaß. In deutschnationalen Kreisen erkennen viele die Heuchelei dieser Anfrage. Die Deutschnationalen versuchten durch ihren Generalsekretär den „Volkshfreund“ beim Staatsanwalt zu denunzieren. Die Deutschnationalen haben wahrlich keinen Anlaß, über unangebrachten Ton zu reden. Die deutschnationalistische „Tageszeitung“ versuchte das Scheidemann-Attentat als lächerlich hinzustellen, damit der nächste Attentäter umso sicherer zu Werke gehen kann. In einem anderen deutschnationalen Blatt wird Scheidemann angegriffen, weil Scheidemann auf den Attentäter schob. Solange sie solche Blätter nicht abschaffen, ist anzunehmen, daß sie diese Äußerungen billigen. Aus der nationalistischen, deutschhässlichen Atmosphäre gedeihen die Verbrechen. Die Partei, deren Presse zum Mord geradezu auffordert, hat keine Ursache, sich über den Ton der republikanischen Presse zu entrüsten. Die Deutschnationalen sollten sich in die Kaufschächer verziehen (Große Unruhe: Abg. Mager (D.N.): Dies haben wir nicht nötig. — Abg. Bad (Komm.): Schwärzer, Schieber!) — Abg. Mager (D.N.): Sie haben sich während des Krieges betrocknet. — Minister Dr. Engler: Wir verbitten uns das. Wir waren draußen. — Abg. Bad (Komm.) zum Abg. Mager: Drecksche. — Präsident Wittenmann rügt die verschiedenen Ausdrücke.

Abg. Marum (Soz.) fortfahrend: Wir müssen parlamentarisch bleiben, und können dabei umso stärker die Wahrheit aussprechen. Wir gehen mit allen anständigen Menschen einig in der Trauer um Rathenau. Wir wissen, daß es ein politischer Mord war. Denn Rathenau ist ja in ta. Man geht nicht fort, wenn man

den Mörder bei den Deutschhässlichen

sucht. Bei den Deutschhässlichen findet man die Brutalität. Bei den Verdächtigen findet man immer wieder die gleichen Namen wie beim Offenburger Mordprozess. Ich erinnere hier an den Bruder von Rissen. Durch die deutschnationalistische Schreibweise entzieht der Geist, der die Mordwaffen feilt. Die Helfer dieser Mörder sind die Helfer ihrer Mordtaten. Auch beim Killingerprozess sahen wir ein Meer von Lüge, geträufelt auf die „Offiziersbege“. Woher stammen die Geldmittel für die Deutschhässlichen? Sie stammen von der

Schwerindustrie.

Das ist der Mischblutige, wenn sie auch nicht wissen, für was es geschieht. Dabei sind die Gelder defraudierte Steuererleger. Der Geist der Arbeiter dingt die Mörder der Republik. Es ist die Gedankenlosigkeit des Bürgerturns, die Schuld an diesen Dingen ist. Wir leben immer noch in revolutionärem Kampf, der zurzeit nur von einer Seite mit Waffen geführt wird. Es ist noch nicht alle Tage Abend. Ich drohe nicht, aber ich warne. Der notwendig gewordenen Staatsgerichtshof ist ein warnendes Beispiel für unsere Richter (Abg. Janemann (D.N.): Ein Beispiel). Sie selbst sind als Richter ein Beispiel dafür und sich bin nur froh darüber, daß Sie nicht in einer Strafammer stehen, die über politische Dinge entscheidet. Was geschieht in den deutschen Schulen, in den Hochschulen, damit der Gedanke der Republik eingepflanzt wird. Ein republikanischer Hochschullehrer wird an unsern Hochschulen benachteiligt. Ein Beispiel für die Gefinnung unserer Studenten beweist eine humoristische Grabrede auf Rathenau in einer Karlsruher Studentenversammlung. Zur Ehre der Studenten will ich annehmen, daß dies Ausnahmen sind. Nur wenn wir in den Schulen republikanischen Geist einpflanzen, werden wir die Republik halten. Auf Rathenau konnte jeder Demokrat stolz sein, aber auch jeder Jude und jeder Christ. Er kann aber noch einen großen Dienst leisten, wenn durch ihn Deutschland einig wird. (Beifall.)

Abg. Dr. Schöfer (Zr.): Durch die Verbrechen wird das Staatswesen getroffen. Glaubt man, wenn das Staatswesen getroffen, die Minister und Regierungen gefallen sind, daß es besser wird? Wohin man durch die Morde und die Mordtaten steuert, das ist der Bürgerkrieg. Es ist die Politik des Wahnsinns, die mit diesen Morben getrieben wird. Ich war gestern in Berlin und muß sagen, daß die Ruhe der Demonstranten imponierte. Aber im Innern glüht es. Durch zwei Wege wird die Republik getrieben. Der eine Weg ist die öffentliche Meinung, der andere der Mord. Heute, nach dem Mord, herrscht in den deutschnationalen Zeitungen noch der gleiche Ton wie zuvor. In der „Süddeutschen Zeitung“ wird von Rathenau gesprochen. In der „Süddeutschen Zeitung“ wird von Rathenau gesprochen. Wenn man an all die unzähligen Witwen und Waisen, Krieger und Sonstige denkt, so empört es einem, wie hier diesen die vaterländische Gefinnung abgeprochen wird. Was muß sich der Reichsfanzler Wirth von rechts alles lassen? Die „Süddeutsche Ztg.“ bezeichnet ihn als gänzlich unzulänglich. Es gab aber einstmals einen Diktatorismus in der deut-

ischen Politik. (Sehr richtig!) Ich erinnere Sie an das Interwies von 1906 mit seinen Folgen. Ich habe das Kronprinzenbuch vor mich liegen. Wenn ich alle Beweise für einseitigen Diktatorismus vorlesen wollte, so müßte ich das ganze Buch vorlesen. (Sehr richtig!) Wichtig ist es mit der politischen Weisheit im großen Hauptanliegen, die Rechte, die unsere entsetzliche Lage miterschweben, sollten ihre höchsten, verlogene Kritik lassen. (Weiter!) Die Republik wird als Judenrepublik bezeichnet, um sie zu stigmatisieren. Man treibt leidenschaftlichen Antisemitismus, um die Republik zu diskreditieren. Neben dem Juden Rathenau steht der Katholik Birk. Der eine ist gefallen, Gott behüte den andern. Wenn die Presse die Gehaltssphäre geschaffen hat, kann dann das andere folgen. Man sollte heute noch Graberger Abbitte leisten; es leben heute noch viele im Reichstag, die die Schuld auf dem Gewissen haben. Das Mordhandwerk bewußt unsere heranwachsende Jugend. Die jetzt betriebene Politik der Reaktion ist eine Politik im französischen Interesse. (Abg. Mitter-Heidelberg (Soz.): Deshalb der Name deutschnational.) Die Deutschnationalen, die viele Männer guter deutscher Gesinnung unter sich haben, sollten sich nicht um den Verbrechen und Mordanschlägen einen blühenden Strich machen. Wir billigen die Maßnahmen der Reichsregierung und treten für ihre Durchführung ein. Nur hinsichtlich der Bürgerkrieg verhindert. Die heutige Bewegung ist nicht aus Petrolum hervorgegangen, sondern aus dem Revolven und dem Maschinenewer, die das Opfer trafen. Der Staatsanwalt muß alles tun, um der Verbrechen habhaft zu werden. Die Gerichte erfüllen ihre Pflicht. So wie es bisher auf den Hochschulen ging, darf es auf die Dauer nicht weitergehen. Sie mögen der Wissenschaft dienen; aber die Verfassung muß für sie die Verfassung vom 11. August 1919 sein. Wer wird das nächste Opfer sein? (Zwischenruf links: Kein Deutschnationaler.) Ich möchte hoffen, daß der Ernst der Lage zur Besonnenheit bringt, bevor wir in den Bürgerkrieg flauern.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.): Wie sind mit den Ausführungen des Ministers zur Interpellation durchaus einverstanden. Wir stehen auf dem Boden der demokratischen Republik und wenden uns gegen alle Verbrechen, die deren Bestand gefährden. Wenn wir auch die Mörder nicht kennen, so kennen wir doch die Presse, aus deren Kolumne diese Morde erwachsen. Der eine wird behauptet, weil er ein Jude war; der andere, weil er vom Hundertsgeldern sich zur höchsten Staatsstelle emporschob. Dabei wissen die Kreise ihrer zerknirschten Kritik nichts Politisches hinzuzufügen. Mit diesem Geist, wie er sich am letzten Samstag in Nürnberg zeigte, muß ausgeräumt werden. Die geschaffenen Gesetze müssen durchgeführt werden. Ich habe zur Justiz Vertrauen. Das Offenburger Urteil läßt sich nicht anfechten. (Widerpruch.) Hier befindet sich im Gegensatz zum Abg. Warium. Nur auf dem Boden der Republik ist ein Aufstieg unseres unglücklichen Volkes möglich. Die Geduldlosigkeit des Bürgerrechts muß abgelegt werden.

Staatspräsident Dr. Gumbel erklärt zu der vom Minister Kimmmele bezogenen Schwarz-weiß-roten Fahne am evangelischen Oberkirchenratsschreiben, daß Minister Kimmmele damit fragen wollte, ob der Kirchenrat zu dieser politischen Demonstration berechtigt war. Auch ich als Mitglied der evangelischen Kirche habe Zweifel an der Berechtigung dieser Demonstration. Am Donnerstag sind die Minister der Länder in Berlin, um wegen der Durchführung der neuen Reichsgesetze mit der Reichsregierung Beratungen zu pflegen.

Justizminister Traut erklärt zur Behauptung des Reichstagsabgeordneten Wels wegen des Staatsanwalts in Offenburger Prozeß im Reichstag, daß der Generalkassanwalt erklärt habe, er stehe wegen dieser Behauptung bezüglich des Killinger-Prozesses vor einem Rätsel. Wir haben nunmehr Herrn Reichstagsabgeordneten Wels um sein Material ersucht, es jedoch noch nicht erhalten.

Abg. Freidhof (USP.) bezeichnet die deutschnationale Anfrage als eine Frechheit. Eine Partei, deren Hände mit Blut bedeckt sind und die den Mord auf ihre Fahnen geschrieben hat, sollte ruhig sein. (Abg. Gansmann (D.N.): Unerhörte! — Präsident Wittmann rügt den Ausbruch.) Nach dem Krieg vertrieben sich die Deutschnationalen in die Kaufhäuser. Als dann die Arbeiter zu anständig waren, wurden die Deutschnationalen frech. Vom Eisener-Mord bis zu Mathenau zeigt sich die deutschnationale Propaganda. Eine Partei, die so heftig wie die Deutschnationalen, kann man nicht als anständig bezeichnen. Gegen die Forderung des Killinger-Prozesses liegen Bedenken vor. Die Regierung muß zeigen, daß es ihr mit dem Kampfe gegen die Reaktion ernst ist. Bisher ließ sie die genügende Energie mißfallen. Vor allem müssen wir uns gegen die Sonderstellung Rathenaus wenden. Die Justiz und die Verwaltung muß demokratisiert werden. In jedem anderen Lande der Welt würden Hindenburg und Ludendorff vor einen Staatsgerichtshof gestellt werden. Die Würde unserer Führer laufen in Deutschland frei herum. Wenn die Deutschnationalen glauben, die alten Zustände wieder herstellen zu können, befinden sie sich im Irrtum. Neben wickeln auf die Deutschnationalen nicht.

Die Regierung muß im Sinne der Forderungen der Arbeiterschaft handeln. Sonst tut dies die Arbeiterschaft selbst.

Eingegangen ist ein Antrag der drei Koalitionsparteien: „Der Landtag vertraut darauf, daß die Regierung im Verein mit der Reichsregierung alles tut zum Schutze der Verfassung der Republik und der staatlichen Ordnung.“

Justizminister Traut erklärt, daß Oberstaatsanwalt Vint sich nicht vom Anklagen Killinger am Bahnhof verabschiedet habe, wie behauptet wurde. Die Unabhängigen sollten solche Behauptungen nicht so leichtfertig vorbringen. Die Staatsanwälte und Richter können nicht durchbringen, wenn große Bevölkerungssteile Oeden und Jensei die Wälder bilden. Die Bevölkerung muß gegen den politischen Mörder die gleiche Stellung einnehmen wie dem gemeinen Mörder. Gerade ein politischer Mörder sollte nicht feig sein.

Abg. Weber (D.N.): Es handelt sich hier um eine Tat, die von allen anständigen Menschen verurteilt wird. Es handelt sich hier um eine Verleumdung und eine Torheit. Aber es können auch nicht genug scharfe Worte gegen diejenige gefunden werden, die eine solche Atmosphäre schaffen. Wir sind entsetzt über die Worte, die gegen Hindenburg fielen, der jetzt als Vorkämpfer der Freiheit (Abg. Mitter-Heidelberg (Soz.): Wir müssen wieder einig zusammenstehen. Die Kundgebungen gegen den Verfall der Republik sollten keine Kundgebungen gegen die Republik sein. Rathenau hatte sich unter persönlichen Opfern dem Staate zur Verfügung gestellt. Es wäre gut, wenn andere tüchtige Männer ähnlich handelten wie er. Die Gesetze zum Schutze der Republik sollten nicht gegen eine bestimmte Richtung gerichtet sein. Der übertriebene Gehetz unter der Jugend sollte Abbruch getan werden. Ein übertriebener Einfluß der Juden wird vielfach nicht gewünscht. Aber es vertritt einen sehr engen Horizont, alles unter dem Gesichtspunkt des Antisemitismus zu sehen. Ich hoffe, daß der Staat bald keine Ausnahme-gesetze mehr bedarf.

Abg. Kaiber (D.N.): Namens der Fraktion verurteilen wir den Mord an Rathenau. Wenn tiefe Bedauern wir, wenn aus dieser Tat neue politische Verheerung kommt. Gewaltmaßnahmen lehnen wir ab.

Abg. Schmidt-Bretten (D.N.) erklärt, daß keiner von allen Märgern der deutschnationalen Fraktion angehört. Man verurteilt, daß der Mörder an Rathenau ein Ausländer war (Weiter!). Wir können den politischen Mord ab. Ludendorff hat es nicht nötig, sich gegen den Vorwurf der Freigebigkeit zu wehren.

Abg. Dr. Kullmann (Soz.) erklärt zu einer Bemerkung des Verredners, daß wenn eine Mehrheit für die Abschaffung der deutschen Republik beschließen würde, man an der Zukunft des deutschen Volkes bezweifeln würde.

Abg. Dr. Mayer-Karlshöhe (D.N.) erklärt in seinem Schlußwort, daß die Morde Verbrechen sind. Aber es besteht zwischen diesen Verbrechen und uns keine Verbindung. Ich warne davor, das evangelische Volk und den evangelischen Oberkirchenrat zu verurteilen.

Abg. Dr. Schöfer (Itz.) erklärt zur Begründung des Antrags der Koalitionsparteien, daß die Republik in der Verfassung verankert ist.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) lehnt es ab, vom Abg. Dr. Mayer-Karlshöhe Behauptungen über seine Stellung als Beamter anzunehmen.

Das Vertrauensvotum der Koalitionsparteien für die Regierung hinsichtlich des Schutzes der Republik wird bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen, Unabhängigen und Kommunisten von den übrigen Mitgliedern des Hauses angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch früh 9 1/2 Uhr. Tagesordnung: Interpellation über die Regimentsreform; Gesetzentwürfe. Schluß der Sitzung: 9.10 Uhr.

11. Deutscher Gewerkschaftskongreß

SPD Leipzig, 23. Juni.

(Schluß der gestrigen Abend Sitzung)

Um 10 Uhr beginnt die Debatte, die Schönsfelder (Zinnereier) eröffnet. Er nimmt den Ausführungen Tarnows zu. Man soll nicht zwangsläufig die Gewerkschaften in andere Wege drängen. Die Entschädigung Tarnows ist nur der erste Schritt zur Stangulierung der Gewerkschaften und muß daher abgelehnt werden. Ein Anhänger der Industrieorganisation sagt, die Vertreter der Berufsorganisation seien noch von heimlichem Jungfergeist erfüllt.

Brey (Fabrikarbeiter) setzt sich für die Resolution Tarnows ein, die der Gewerkschaftsbewegung Nutzen bringen werde.

Reichelt (Metallarbeiter) erwartet, daß der Gewerkschaftskongreß den Mut aufbringt, einen Schritt vorwärts zu tun auf dem Wege zur Industrieorganisation.

Schlichting (Maschinenbau) erklärt für seine Organisation, daß sie diesen Schritt nicht mindert. Sie werde sich

mit aller Kraft gegen einen Gewaltsbeschuß des Kongresses wehren.

Scherrf (Transportarbeiter) tritt für die Resolution Tarnows ein. Die Industrieorganisation könne heute noch nicht durchgeführt werden, weil der Standesdünkel leider nicht nur bei den Beamten, sondern in hohem Maße auch bei den Arbeitern besteht.

Grömann vom Bundesvorstand zeigt noch einmal die Schwierigkeiten, die der Durchföhrung eines Beschlusses zur Schaffung von Industrieorganisationen entgegenstehen und weist auf die Gefahr einer ungewissen Umgestaltung der Organisationsform hin.

Inzwischen sind eine Reihe von Schlußentwürfen eingelaufen. Beantwortet wird weiter namentlich abzusommen über die Entschädigung Tarnows und die der Metallarbeiter. Die Abstimmungen werden um 12 Uhr nachts nach kurzer Debatte auf Samstag 9 Uhr verlegt.

Leipzig, 24. Juni.

6. Verhandlungstag, Vormittagssitzung.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. In seinem Schlußwort betont Tarnows nochmals, daß nicht nur für die hoch entwickelte Industrie, sondern ganz allgemein die Industrieorganisation notwendig sind.

Tarnows sagt in seinem Schlußwort, Tarnows sieht aus den bestehenden Tatsachen folgende Schlüsse. Die Konzentration der Industrie nicht die Industrieorganisation. Auch wir wollen die Entwicklung vorwärts drängen, aber nicht auf dem Wege des Zwanges, sondern der organischen Entwicklung. Eine Bedeutung hat die Resolution Tarnows, sie wird die Kameradschaftlichkeit zerstören. Denken Sie an die Interessen der Gewerkschaften, schaffen Sie zur politischen Fortschrittlichkeit der Arbeiterbewegung nicht noch die Spaltung der Gewerkschaften. (Beifall.)

Nach einem raschen Gang persönlicher Bemerkungen tritt der Kongreß in die namentliche Abstimmung über die Resolution Tarnows ein. Vorher erklären die Landarbeiter, daß sie sich um die kleinen Organisationen nicht zu kümmern, der Stimme entziehen. Die Transportarbeiter und Eisenbahner erklären, für die Resolution Tarnows zu stimmen, ohne sich seine Begründung zu eigen zu machen.

Zur Abstimmung steht zunächst die Resolution Tarnows. Sie zeichnet die ökonomische Entwicklung mit ihrer gewaltigen Konzentration des Kapitals und sagt, dem staats organisierten Unternehmertum müßten eben

leistungsfähige Industrieorganisationen

gegenübergestellt werden, die ohne unbilligen Verbrauch an Kräften und Mitteln und ohne Verdrängung des Gewerkschaftskongresses die gewaltig gestiegenen Anforderungen an die Gewerkschaften erfüllen können. Die Resolution fordert daher eine grundlegende Änderung der bisherigen Gewerkschaftsformen und des damit verbundenen Gewerkschaftsrechts. Für große, zusammenhängende Industrien, z. B. Bergbau, Hütten- und Metallindustrie, Waggonbau, großstädtische Gewerbe, Transport- und Verkehrsunternehmen, öffentliche Betriebe und Verwaltungen, Textilindustrie, wiederherstellende oder verarbeitende Industrien, Holzindustrie, Lebens- und Genussmittelindustrie, Land- und Forstwirtschaft, einschließlich Weinbau und Gärtnerei, sind einheitliche Industrieverbände anzuerkennen oder zu schaffen. Das geschieht durch den Zusammenfluß der heute noch vorhandenen Berufsorganisationen. Ausgehend von dieser Forderung wird der Bundesvorstand und -ausschuß beauftragt, in kürzester Frist eine Vorlage auszuarbeiten, die einen organischen Ausbau von Industrieverbänden, deren Woznung usw., vorsieht.

Jugend und Sport

1. Serienpieltag in Schlagball der Gruppe C Karlsstraße. Resultate der Spiele am letzten Sonntag: Südstadt — Oststadt 50 : 61 Punkte; Mühlburg — Dulaß 48 : 46; Oststadt — Dulaß 88 : 25; Südstadt — Dulaß 49 : 33; Mühlburg — Oststadt 49 : 47; Mühlburg — Südstadt 62 : 20 Punkte. Mühlburg hat wegen Nichtankommens sämtliche Spiele verloren. Mühlburg steht mit 8 Punkt an 1. Stelle. Im folgenden Oststadt mit 5 Punkten, Südstadt mit 4 und Dulaß mit 2 Punkten. Der Restlauf der Spiele war im ganzen bescheiden, nur muß das unportable Verhalten einiger Spieler gerügt werden. Nächster Serienpieltag in Schlagball in Dulaß am 8. Juli. Der Gruppenleiter.

Anfallsarzt Dr. K. in A. hat gegen

Sanftjungen nach eigenem Bericht Obermeiers Medizinisch-Gesundheits-Tafel mit Erfolg angewandt. Diefem Zeugnis schließen sich noch eine Anzahl anderer von Ärzten und Laien an und bestätigen in jedem Falle daß Obermeiers Medizinisch-Gesundheits-Tafel bei Hautjungen ein ebenso einfaches als gut wirkendes Mittel ist.

Die Islandfischer

Von Pierre Loti

(Fortsetzung.)

Sobald die „Leopoldine“ dahin schwamm, machte sich Gaud mit raschem Schritt auf den Weg zu Hanns Elternhaus; und nach einem Marsch von anderthalb Stunden langte sie bei ihrer neuen Familie an. Die „Leopoldine“ sollte sie bei ihrer Meede von Bord-Läden noch einmal anlegen und erst am Abend definitiv in See stechen. Vier konnte sie ihn also noch einmal ein letztes Mal sehen, und er kam mit einer Jolle seines Schiffes noch einmal für drei Stunden an Land.

Unwillkürlich schlugen sie denselben Weg ein wie gestern, und als sie in glücklichem Gespräch bis nach Kloubsalane gekommen waren und vor ihrer Hütte standen, traten sie ein letztes Mal ein. Es war aber ein großer Schrecken für die Großmutter, sie zusammen erscheinen zu sehen, da sie nichts von der Möglichkeit einer kurzen Rückkehr gewußt hatte.

Dann legte Gaud die Sorgfalt für verschiedene Sachen ans Herz, die er in ihrem Schrank zurückließ; besonders befaßt er ihr an, seinen schönen Hochzeitsanzug zuweilen heraus zu nehmen und in die Sonne zu legen. — An Bord der Kriegsschiffe lernen die Matrosen sorgfältig und geschickt mit vielen Dingen umgehen. — Gaud schaltete darüber, daß er ihre Sorgsamkeit für seine Sachen empfinden zu müssen glaubte; er konnte ganz sicher sein, daß alles was ihm gehörte mit der größten Liebe gehütet sein würde!

Vergleichen stand ihnen jedoch nur in zweiter Linie: redeten sie doch nur, um zu reden, und das bekennende Herz damit äußerlich ruhig zu halten.

Dann erzählte, daß sie an Bord die Plätze zum Fischen ausgegost hätten, und er sei sehr zufrieden, einen der besten bekommen zu haben. Da Gaud nicht verstand, was damit gemeint war, erklärte er es ihr. „Siehst du, Gaud“, sagte er, „an Bord unserer Schiffe sind auf dem Blattded Köcher in gewissen Abständen, wir nennen sie Wodlöcher, weil wir kleine Wöde darin befestigen, über die wir unsere Angelruten legen. Im diese Köcher wird entweder gewürfelt, oder wir spielen sie durch Rote aus, die wir in die Wöde des Schiffes legen. Nun sieht jeder ein Dos, und den darauf befestigten Platz muß er während der ganzen Fahrt behalten, gewechselt wird nicht mehr. Diesmal ist mein Köcher auf dem Hinterdeck des Schiffes, wo man die meisten Fische fängt, wie du, was, müssen wir.“ Und

dann hat mein Platz auch den Vorteil, daß er hinter den großen Wandtauen ist, wo man ein Schild nachschleudern oder Segelrute oder sonst etwas zum Schutz für das Gesicht anbringen kann. Kannst glauben, daß man froh um dergleichen ist, denn Schnee und große Hagelkörner richten einem das Gesicht manchmal arg zu! Hat man irgend welchen Schutz, so bleiben die Augen länger gut.“

Es sprachen leise und immer leiser, als fürchteten sie durch lautes Reden die Isibaren Augenblicke zu verdrängen, die ihnen zugewinkt waren. Ihre Unterhaltung drehte sich um alles andere als die Trennung, und die Keimlein und unbedeutendsten Dinge schienen ihnen geheimnisvoll und höchwichtig zu werden.

Der letzte Augenblick war da: Hann nahm sein junges Weib an sein Herz, und ohne ein Wort zu reden, nahmen sie in inniger Umarmung nachmals Abschied voneinander.

Dann heftete seine Rolle und hoch wägen sich die großen Segel in einer letzten Brise, die von Westen her kam. Er schwang die Wäge, wie sie es ausgemacht, und lange noch erlarmte sie die geliebte Weib. Ja, das war ihr Hann, die Klein und immer kleiner werdende menschliche Gestalt, die sich schwarz von den blaugrauen Massen abhob. Nur noch ein schwarzes Blinkschen — ja, das war er — jetzt wurde es unfassbar, und das angelegte Auge vermochte ihr absolut nicht zu erkennen, er verlor sich in der Ferne, wo der Wind nichts mehr festhalten vermog.

Wie von einem Magnet angezogen, lief Gaud am Rufe der Wägen hin, als könnte sie so dem Schiff nachsehen. Ihr Lauf wurde jedoch bald gestoppt, sie war am Ende der Landspitze angelangt, und setzte sich unter dem großen Kreuz nieder, das auf diesem unheimlichen Vorsprung unter Steinen und Ginstern steht. Der Platz erhobt war, schien das Meer in der Ferne anzuhängen, und es sah aus, als ob die „Leopoldine“ jene letzten Anhöhen von ungeheurer großer Umkreis hinaufgezogene. Große Wellen kamen heran, als wären sie Ausläufer einer wildbewegten See, die von weit, weit unter dem Horizont herkam; im Gesichtskreis aber, wo sie Hann noch wehte, blieb alles friedlich und still.

Gaud schaute immer noch unterwands auf das Schiff, dessen Umriß, Segel und Takelung sie sich einzuprägen suchte, damit sie es bei der Heimkehr von weitem wieder zu erkennen vermöchte.

In vollkommener Regelmäßigkeit kamen große Wellenreihen von Westen her, eine hinter der anderen, ohne Ruhe und ohne Aufhören, deren jede die „umliche“ Ausbreitung erneuerte, die den

Strand zu überfluteten, oder sich gurgelnd an dem Felsen zu brechen. Das Meer schien allzu voll und sich seines Inhalts auf die Ufer entleeren zu wollen.

Die „Leopoldine“ ward immer kleiner und undeutlicher, sie mochte wohl in Strömungen gekommen sein, die sie so schnell davon trugen, denn die Wellen an diesem Abend waren schwach. Endlich war sie nur noch ein grauer Punkt gleich, der bald die äußerste Grenze des Sichtbaren überschritt, und sich von da an in die Ferne des kommenden Abenddunkels verlor.

Es war sieben Uhr, als sich Gaud erhob, um den Heimweg anzutreten. Obwohl ihr beständige Tränen über die Wangen liefen, so war sie doch ziemlich geteilt, als sie die Hütte allein wieder betrat. Wie weit trübseliger war es doch in den beiden verfloffenen Jahren gewesen, wo er ohne ein Abschiedswort von ihr gegangen war! Das war jetzt anders, und die Gewißheit, daß Hann ihr völlig angehört, milderte ihren Schmerz. Ungeachtet der langen Trennung suchte sie sich unfähig geföhrt, und die Zeit des Weinsens würde ihr die Hoffnung auf das Wiedersehen im Herbst verschärfen.

Still und ruhig berging der warme Sommer. Noch nie in ihrem Leben hatte sich Gaud um Anzeichen des nahenden Herbstes gekümmert, diesmal aber schaute sie interessiert danach, wie sich die Schwärmen sammelten, einzelne Wägel geblühten und die Geflügelstämme umhüllte Ansturm trieben.

Sie hatte mehrmals an Hann geschrieben, aber wenn auch das Dampfboot von Reihabit über die Fernpostfänger logernde Briefe mitnahm, so weiß man doch nie, ob sie an ihre Adresse gelangen.

Ende Juli erhielt sie einen Brief von Hann; er schrieb, daß er gesund sei, der Frau erwiderte, und er schon fünfzehnhundert Fische auf sein Reil hätte. Der Brief war von Anfang bis zu Ende nach dem herkömmlichen noiven Stil, wie ihn die Briefe der Matrosen aufzuweisen pflegen; heute wie Hann haben ja nicht gelernt auf dem Papier wieder zu geben, was sie denken und fühlen. Gaud jedoch, deren Denken geschult und die von feinerem Gefühl war, las die tiefe Zärtlichkeit zwischen den Zeilen, die er unvollkommen auszudrücken vermochte. Wehmütig aus den vier Seiten des Briefes hatte er sie sein Liebes Weib genannt, als fände er Freude daran, es sich selbst zu wiederholen. Die Adresse allein genügte, um Gaud zu beglücken: Hann Marguerite Gaud, Hans Wron in Kloubsalane. Sie war es noch so wenig gewohnt, Frau Gaud genannt zu werden! (Fortsetzung folgt.)

Gegen den Meuchelmord als System

Parteilosen!

Die Ermordung des Reichsaussenministers Rathenau durch nationalistische Mordbuben, drei Wochen nach dem misglückten Marschallentzug auf Genossen Scheidemann, zehn Wochen nach der Ermordung Erbergers, kündigt wie ein Flammenschiff die deutsche Republik drohenden Gefahren an. Diese Gefahr besteht nicht allein in der schändlichen Verletzung der führenden republikanischen Staatsmänner, sie erhält noch erschwerenden Charakter durch die Tatsache, daß nach dem Mordbuben reaktionärer Geheimorganisationen weit umfangreichere Bestrebungen gehen, die auf den gewaltsamen Sturz der Republik abzielen.

Wegen die deutschnationalen Kreise unter dem Eindruck der unglücklichen Ereignisse, die die Verdächtigungen hervorgebracht hat, auch angrifflich von der Tat und den Tätern abrücken, so befreit sich die unumstößliche Gewißheit, daß

die deutschnationale Presse und die Medien der deutschnationalen Parlamentarier die vergiftete Atmosphäre geschaffen haben, aus der diese Taten erwachsen sind.

Es ist weiter festzustellen, daß bis heute die deutschnationale Partei es unterlassen hat, zwischen sich und den terroristischen Kreisen ihrer Anhänger die Trennungslinie zu ziehen.

Der die Symptom der letzten Zeit durchgeht, wer die Organisation beobachtet hat, von der sogenannten Regimentsführern und „nationalen“ Kundgebungen getragen waren, wer die Provokationen und offenen Gewaltakte der Reaktion verfolgt, für den kann kein Zweifel bestehen, daß sich immer noch sehr viele Kreise der Nationalisten mit dem Gedanken eines gewaltsamen Sturzes der Republik fragen und auch Vorbereitungen treffen, diesen Plan in die Tat umzusetzen.

Gegen dieses Treiben kann für das werktätige Volk nur ein Mittel sein:

einmütige und entschlossene Abwehr. Vor allem muß die Arbeiterklasse erkennen, daß nur durch die Zerschlagung ihrer Einheit die Reaktion in Deutschland so stark hat anwachsen können. Das beste Mittel zur Abwehr aller rechtsradikalen Bestrebungen ist die Sammlung der gesamten werktätigen Bevölkerung, aller Arbeiter, Angestellten und Beamten usw. auf dem Boden des Sozialismus und der demokratischen Republik, um diese durch eine unüberwindliche, einheitliche Front zu schützen.

Damit ist gleichzeitig die härteste Maßnahme gegeben, durch die die Mittel der Verleumdung und der Regierungsgewalt die Gefahr des reaktionären Terrorismus zu erlösen.

Das schaffende Volk muß seine gesamte Macht, seinen ganzen Einfluß in die Waagschale werfen, damit durch Regierung und gesetzgebende Körperschaften die Maßnahmen durchgesetzt werden, die sich mit zwingender Notwendigkeit aus der jetzigen Situation ergeben. Die sozialdemokratischen Vertreter in Regierung und Parlamenten werden alles aufwenden, um diese Maßnahmen wirksam zu machen. Aber da sie fast überall nur kurze Widerstände sind, so bedürfen sie der härtesten Unterstützung der Arbeiterklasse, um auch ändernde und unerschöpfliche Elemente des republikanischen Bürgerturns mitzuführen.

Damit nicht auf halbem Wege stehen geblieben wird.

Die Verordnung der Reichsregierung zum Schutze der Republik zeigt, daß die Abwehr der Reichsregierung dahin geht, den Kampf gegen den reaktionären Terrorismus aufzunehmen. Aber diese Verordnung weist noch zahlreiche Lücken auf. Wir verlangen, daß sie sobald als möglich durch ein Gesetz zum Schutze der Republik ersetzt werde, das ihre Mängel beseitigt.

Sehr wesentlich für den Erfolg ist die Art ihrer Anwendung. Wir fordern, daß die Verordnung getreu den Motiven, aus denen sie gegeben wurde, allein und ausschließlich als Verteidigungswaffe der Republik gegen ihre reaktionären Feinde verwendet wird. Damit dies geschieht, muß der Staatsgerichtshof, der in letzter Instanz über die Anwendung der Verordnung mitentscheidet, ohne jede Ausnahme ausschließlich aus solchen Persönlichkeiten zusammengesetzt sein, die als zuverlässige Anhänger des republikanischen Staatsgedankens bewährt sind.

Hand in Hand mit der Durchführung und Verbesserung der Verordnung muß

die Reinigung aller staatlichen Organisationen gehen, in denen sich die Reaktion eingenistet hat. Wir fordern in erster Linie die Säuberung der Verwaltung, der Ministerien, der Schutzpolizei usw. von reaktionären Elementen. Besonders Augenmerk ist der Reichswehr zuzuwenden. Wollen tragen nur, wer der Republik bis auf den Tod ergeben ist. Nicht minder dringend ist die Einschränkung der Einwirkung auf die Justiz, die bisher in der Bekämpfung des reaktionären Verbrechenstums vollkommen versagt hat. Der in der Verordnung beantragte Weg, der jetzigen Justiz die Rechtsprechung in Strafsachen mit politischem Charakter aus der Hand zu nehmen und diese an zuverlässige republikanische Gerichtshöfe zu überweisen, muß zu Ende gegangen werden.

Damit dieses erreicht wird, und damit etwaige noch bevorstehende reaktionäre Anschläge abgewehrt werden, muß die Arbeiterklasse wachsam und alarmbereit bleiben.

Die Organisationen der Sozialdemokratischen Partei hat sich beim Kampfe für die Verteidigung der Republik bewährt. Arbeiterunermüdbar, ihre Stärke und Schlagkraft zu erhöhen.

Stelle jeder feinen Mann! Dann ist uns in dem schwereren Kampfe der Sieg gewiß!

Es lebe die Republik!

Der Vorstand der Sozialdem. Partei Deutschlands

An die deutsche republikanische Jugend!

Nieber ist ein treuer Führer und Kämpfer der deutschen Republik hingemordet. Nationalistische Verbrechen hat zu der Reue der Mordbuben gegen republikanische Führer ein neues Mitglied geführt, Walter Rathenau, der christliche Patriot, ist diesmal das Opfer nationaler Mordbuben geworden. Ein Schrei der Empörung geht durch die Lande: Nun ist genug! Republikanische Jugend heraus!

Schließt die Front gegen die nationalistischen Mordbuben! Wo ihr verbrecherischer Geist umgeht: Nieher mit dem Mord an Rathenau und ihren Helfer! Nieher mit dem republikanischen Jugend sei wachsam! Es geht um die Freiheit und um die Zukunft. Wir stehen einmütig und begeistert hinter der hinführenden, kampfbereitsten Seite unseres Reichsgenossen Dr. Rathenau. Wir stehen in Treue hinter allen Führern der deutschen Republik. Auf in die vorderste Reihe an, wo es gilt zu Schutz und Trutz für unsere Republik! Beileidigt Euch an allen republikanischen Kundgebungen!

Reichsbund deutsch-demokratischer Jugendvereine
Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands
Reichsbund deutsch-demokratischer Studenten
Reichsbund der Jungsozialisten der SPD.

Badische Politik

Die Erhaltung der Simultanschule

Wenn es nicht so fürchtbar ernst wäre, so könnte man ja lächeln darüber, daß sich ausgerechnet das Zentrum und die neugegründeten katholischen Elternvereinigungen zur Mutter der Simultanschule in Baden aufgeschwungen haben. Denn um nichts anderes handelt es sich angeblich bei dem gegenwärtigen großen Fiskalang um Unterschriften. Wie aus verschiedenen Teilen der Stadt und aus dem Lande mitgeteilt wird, geben die Vertrauensleute jener katholischen Vereinigung mit diesem Schlagwort herum und fügen noch hinzu, daß „der Religionsunterricht gefährdet“ sei und „aus der Schule entfernt“ werden solle. Damit gewinnt man natürlich so manchen und manche zur Unterschrift, die sonst doch vielleicht etwas stutzig wären. Dazu Unterschriften sammeln für die Erhaltung der Simultanschule, die doch bei uns in keiner Weise gefährdet ist? Was eine große Organisation gründen für eine Sache, die besteht und an der niemand etwas geändert wissen will? Da stimmt etwas nicht! Denn wer die katholische Kirche in ihrer Geschichte kennt, der weiß, daß sie noch nie eine Aktion unternommen hat, wenn sie nicht ganz bestimmte Ziele damit verknüpfen konnte. Für die Erhaltung von Dingen sich ins Zeug zu legen, die niemand antastet, ist doch ein Unfug — und Unfugiges hat die katholische Kirche noch nie unternommen. Diese Körperschaften waren noch von je Illuse Realpolitiker. Nun wird behauptet, die Sozialdemokratie denke daran, die Sicherungen des christlichen Charakters der Simultanschule abzuschaffen. Daß die badische Sozialdemokratie diese Absicht nicht hat, dürfte wohl allgemein bekannt sein. Soweit eine Abänderung in Betracht kommen sollte, könnte es sich nur darum handeln, die formalen Konsequenzen aus der verfassungsmäßig festgelegten Gewissensfreiheit aller, also auch der Lehrer, zu ziehen; das muß aber jede Partei tun, auch das Zentrum, wenn es sich ehrlich auf den Boden der Verfassung stellt. Will das Zentrum diese verfassungsrechtliche Gewissensfreiheit nicht mehr aufrecht erhalten, dann treibt es intolerante, mittelalterliche Politik, gegen die allerdings von den weitesten Kreisen des Volkes Einspruch erhoben werden müßte. Es wäre wünschenswert, wenn hierüber sich einmal die Zentrumspresse klar äußern wollte.

Ar. 46 des Gesetz- und Verordnungsblattes enthält die Gesetze über die Änderung des badischen Ausführungsgesetzes vom 8. Oktober 1921 zum Wohnungsabgabengesetz und über die Kredithilfe an einzelne Gemeinden zur Abdeckung ihrer Wiltshausen. — Der Preis des Gesetz- und Verordnungsblattes für 1922 wurde um 44.75 M erhöht und — ausschließlich der gesetzlichen Postgebühren — für das Exemplar auf 81.50 M festgesetzt.

Die bayerischen und württembergischen Ausfuhrbestimmungen für Butter und Käse sind, wie bereits gemeldet wurde, seit dem 16. Juni 1922 nicht mehr in Geltung. Der unmittelbare Verkauf von Butter und Käse in eigener Person bedarf aber auch jetzt noch einer besonderen Erlaubnis der württembergischen und bayerischen Behörden, in deren Bezirk aufgekauft werden soll.

Befreiung von Ausreisepflichtvermerkzwang. Mit Wirkung vom 1. Juli 1922 gelten Personen, die im Reichsgebiet ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, für die Ausreise aus Deutschland als vom Sichtvermerkzwang befreit, wenn sie beim Grenzübertritt an einer amtlich zugelassenen Grenzübergangsstelle durch einen in ihrem Paß eingetragenen Vermerk des zuständigen Finanzamts nachweisen, daß gegen ihre Ausreise steuerliche Bedenken nicht bestehen (Unbedenklichkeitsvermerk).

Schwergericht Karlsruhe

Schwerer Mord

Karlsruhe, 26. Juni. Anfang März ds. Js. spielte sich in der Südstadt eine Liebestragödie ab, die ums Haar ein Menschenleben gekostet hätte. Der 23jährige hier wohnhafte Kaufmann Sakos Donberger aus Kuppenheim hatte seit längerem ein Verhältnis mit einer damaligen Volontärin am Landestheater und jetzigen Musiklehrerin, für die er in ehelicher Absicht manches Opfer brachte. Eines Tages nun verfuhrte das Fräulein das inzwischen eingegangene Verhältnis ohne triftige Gründe zu lösen. Alles Witten des D. war fruchtlos, im Gegenteil, bei einer Aussprache stieß er auf scharfe Ablehnung. Hierüber außerordentlich erregt griff er auf offener Straße zu seiner Brönningspistole und feuerte einen Schuß auf die Geliebte. Die Kugel drang in die Gegend unterhalb der Schläfe ein und die verhältnismäßig leichte Verletzung ist nach dem Gutachten des medizinischen Sachverständigen nur einem glücklichen Zufall zu verdanken. Die heutige Verhandlung hatte eine große Zuhörerschaft angezogen. Der des Todes verurteilte Angeklagte D. wurde als fast notwendig aber ordentlicher Mensch geschilddert. Nach der ganzen Lage des Falles kamen die Geschworenen dazu, die Verurteilung wegen erschwerter Körperverletzung zu bejahen und dem Angeklagten mildernde Umstände zuzuschreiben. Das Urteil lautete auf 8 Monate Gefängnis, abzüglich 3 Monate und 3 Wochen Untersuchungshaft; die Pistole wird eingezogen. Der Haftbefehl gegen Donberger wurde mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

§ 176

Der 26 Jahre alte verheiratete Maurer Carl Braun aus Philippsburg wurde wegen Vergehens gegen § 176, Abs. 1 R.St.G.B. unter Zustimmung mildernder Umstände zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten abzüglich 6 Monate Untersuchungshaft verurteilt.

Abtreibung und Kindesblut

Ein in seiner Art zweifellos tragisch zu nennender Fall beschäftigte Dienstag morgen die Geschworenen. Zur Verhandlung stand die Anklage gegen die 19jährige Dienstmagd Maria Wörthwein aus Hirschheim (Württemberg) und den 23jährigen Goldarbeiter Robert Burkhart aus Freudenheim (Württemberg) wegen verbotener Abtreibung bzw. Verhütung der Abtreibung und wegen Kindesblut. Die Anklage lautete auf 3 Monate Gefängnis, abzüglich 3 Monate Untersuchungshaft. Die Angeklagten wurden als unbedenklich geschilddert. Die Geschworenen verurteilten die Angeklagten zu 3 Monaten Gefängnis, abzüglich 3 Monate Untersuchungshaft. Die Angeklagten wurden als unbedenklich geschilddert. Die Geschworenen verurteilten die Angeklagten zu 3 Monaten Gefängnis, abzüglich 3 Monate Untersuchungshaft.

Badische Simultanschule u. Reichsverfassung

Der „Badische Beobachter“ enthält in seiner Nummer vom 17. Juni d. J. einen längeren Artikel über „Die Wahrheit über die Gefährdung des Schulfriedens“, indem er sich insbesondere gegen den Bad. Lehrerverein und dessen Schulgesetzentwurf wendet. Dieser Entwurf enthält einige kleine Änderungen an den Paragraphen des Schulgesetzes, die man als die sogenannten Änderungen des Gesetzes von 1876 bezeichnen kann. In dieser Polemik wendet sich der „Bad. Beobachter“ allgemein auch gegen die kulturpolitisch links stehenden Kreise. Die betr. Stelle lautet: „Man sucht Himmelmann (Verfasser einer Broschüre, die den Schulgesetzentwurf enthält) in seiner Begründung die Änderungen auf dem Geiste der neuen Reichsverfassung zurückzuführen. Diese Reichsverfassung sieht aber auch die Erhaltung der babilischen Simultanschule, so wie sie ist, vor. So machen wir nicht mit wie der Bad. Lehrerverein es sich anseheint denkt. Durch ein Ausnahmegesetz soll die obligatorische Simultanschule in Baden bleiben. Die religiösen Sicherungen aber, die das badische Schulgesetz enthält, sollen verschwinden, so weit sie noch Aufrechterhaltung des Bad. Lehrervereins und der kulturpolitisch links stehenden Kreise, der Auffassung der Reichsverfassung über die Simultanschule widersprechen. Das nennt man Schulfrieden, und da regt sich der Bad. Lehrerverein auf, wenn wir ansprechen, daß sein Entwurf im weitesten Umfange die religiösen Sicherungen des Gesetzes vom Jahre 1876 und 1910 beseitigt.“

Es ist nötig zur Frage-Stellung zu nehmen, inwiefern die Bestimmungen der Reichsverfassung in dem Abschnitt: Bildung und Schule, auch für die badische Schulgesetzgebung bindend sind. In dem sogenannten Sperrartikel 174 sind auch die badischen Verhältnisse eingeschlossen. Der Artikel lautet: „Als zum Erlasse des in Artikel 146 Abs. 2 vorgesehenen Reichsgesetzes bleibt es bei der bestehenden Rechtslage. Das Gesetz hat Gebiete des Reichs, in denen eine nach Bestimmungen nicht getrennte Schule gesetzlich besteht, besonders zu berücksichtigen. Daß sich die Vorschriften des Art. 174 Abs. 1 nur auf die im Artikel 146 Abs. 2 bezeichneten Verhältnisse bezieht, ergibt, abgesehen vom Wortlaut, die Entstehungsgeschichte. Ursprünglich befand sich diese Vorschrift auch im Abs. 2 des Artikels 143 (heute 146). Erst bei der dritten Lesung wurde dieser Satz unter die Uebergangs- und Schulbestimmungen verweisen. Daß dieser Sperrartikel nur in Verbindung mit Art. 146 Abs. 2 gebracht werden kann, geht auch aus der Begründung hervor, die Staatssekretär Schulz im Auftrage der Regierung und der antragstellenden Reichsparteien in der dritten Lesung des Verfassungsentwurfs gab. Es heißt dort (71. S. der Rat. Verf.): „Als zum Erlasse dieses Gesetzes (Reichsschulgesetz) soll die bestehende Rechtslage aufrechterhalten bleiben, was in dem nur beantragten Art. 160b (jetzt 174) zum Ausdruck kommt und zwar bezieht sich die darin vorgesehene Festhaltung der Rechtslage ganz selbstverständlich nur auf die Bestimmungen des Artikels 143 Abs. 2 (jetzt 146 Abs. 2). Die Parteien sind sich ferner darin einig, und die Regierung stimmt ihrerseits zu, daß bei der reichsgesetzlichen Regelung auch solche Teile des Reichs, in denen die durch Art. 143 Abs. 1 (jetzt 146 Abs. 1) vorgesehene Schule, die also für

alle Bekenntnisse gemeinsam ist, durch Gesetz und Ueberlieferung eingebürgert ist, besonders zu berücksichtigen sind. In solchen Fällen ist die Abweichung von der gemeinsamen Schule, sofern nicht ihre Aufrechterhaltung möglich ist, zu erschweren, sei es durch die Forderung einer härteren Zahl von Erziehungsberufen, sei es durch die Einführung von Sperrzeiten, sei es auf andere Weise.“

Der Artikel 174 Satz 1 bezieht unter Rechtslage nur die Verhältnisse, für welche in dem in Art. 146 Abs. 2 vorbestimmten Reichsgesetz die Grundzüge über die durch die Landesgesetzgebung vorzunehmende nähere Regelung aufgestellt werden sollen. Das sind aber nur die Grundzüge für die ausnahmsweise erfolgende Einrichtung von Volksschulen als Bekenntnisschulen oder als Bekenntnisfreie Schulen. Diese Auffassung ist auch durch Entscheidung des Reichsgerichts, 4. Zivilsenat, vom 4. November 1920 gebildet.

Die Reichsverfassung stellt in dem Abschnitt: Bildung und Schule, eine große Anzahl von Forderungen für das gesamte Schulwesen auf und schreibt eine weitere reichsgesetzliche Regelung nur nach gewissen Richtlinien vor (Artikel 143 Abs. 2, Lehrerbildung) und Artikel 146 Abs. 2 (Einrichtung von Bekenntnisschulen) und für Bekenntnisfreie Volksschulen). Die übrigen Artikel haben ihre Auswirkung auch für die badische Schulgesetzgebung. So bestimmt Artikel 148: In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Eignung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkervereinigung zu erstreben.

Bisher hatte das badische Schulgesetz die religiös-sittliche Erziehung besonders betont. Nun erhebt die Reichsverfassung die Forderung nach sozialer Bildung, erwägt die Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkervereinigung. Die kommende Schulgesetzgebung muß diese Bestimmtheiten umsetzen. Wir finden in dem Vorlage des Bad. Lehrervereins Erziehung zu tätiger Gliedschaft in der Volksgemeinde“ eine Formel, die die religiös-sittliche Erziehung keineswegs beseitigt.

Auch Artikel 149 enthält bindende Bestimmungen, die für alle Schulen, auch für konfessionelle Schulen, Gültigkeit besitzen. Es sei nur erwähnt: Die Erteilung religiösen Unterrichts und die Übernahme kirchlicher Verbindungen bleibt der Willensklärung der Lehrer, die Teilnahme an religiösen Unterrichtsstunden und an kirchlichen Feiern und Gaudien der Willensklärung derjenigen überlassen, der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat.“

Diese Sätze werden in ihrer Auswirkung doch auch die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen beeinflussen. Sie haben übrigens schon zu einem Antrage der Sozialdemokratischen Partei im verflochtenen Landtage geführt, der die Verhältnisse bei Niederlegung des Religionsunterrichts durch einen Lehrer regeln will und dem § 41 des Schulgesetzes zugefügt werden soll. Wenn der Bad. Lehrerverein von sich aus Vorläufige unterbreitet, wie Folgerungen der Reichsverfassung auf die badische Schulgesetzgebung gezogen werden könnten und kulturpolitisch links gerichtete Kreise die Beachtung der Reichsverfassung verlangen, so haben sie sich der Gefährdung des Schulfriedens noch lange nicht schuldig gemacht.

Der Protest der Karlsruher Arbeiterschaft

Wiederum hat die Karlsruher Arbeiterschaft gezeigt, daß sie zur Stelle ist, wenn sie zum Protest gegen eine neue Schandtat der Reaktion aufgerufen wird. Das war wieder ein Aufmarsch gleich jenem am Tage der Demonstration gegen die Morde an Erzberger. Mit prächtiger, bewundernswürdiger Disziplin haben die Massen den Ruf der Gewerkschaften, der Betriebsräte und der sozialistischen Parteien befolgt. Um 3 Uhr rührte die Arbeit in der übergroßen Mehrzahl der Betriebe; einige kleinere Betriebe arbeiteten; es wird Sache der Gewerkschaften und der Betriebsräte sein, nachzuschauen, woran es da gefehlt hat. Auch die meisten Geschäfte hatten geschlossen.

Der Aufmarsch bot wieder das gewohnte Bild. Aus allen Stadtteilen kamen die Massen anmarschiert. Meistens rüdten die Kolonnen der Arbeiterschaft der einzelnen Betriebe geschlossen heran, Fahnen und Tafeln mit Aufschriften mit sich führend. Wir lesen da: Wieder mit den Reichsmördern! — Hoch die deutsche Republik! — Wieder mit der Reaktion! — Hoch der Arbeiterfront! — Wieder mit der Klassenjustiz! — Es lebe die Einheitsfront! — Sammelpunkt war wieder der Marktplatz, auf dem sich gegen 1/4 Uhr eine vieltausendköpfige Menschenmenge angesammelt hatte. Allein — es waren meist, in der über-übergroßen Mehrheit nur Arbeiter und Angestellte der Betriebe! Wir müssen fragen: Wo war denn das freiwirtschaftliche Bürgertum? Wo war denn die Beamtenschaft der badischen Landeshaupstadt? Der ermordete Rathenau gehörte zu ihren Kreisen. Genügte es den Karlsruher Bürgern und den Beamten, an einer Trauerfeier am Tage vorher teilgenommen zu haben? Müßten sie einen öffentlichen Protest nicht für nötig? Dienstfrei zur Teilnahme an der Demonstration hatten doch die Gewerkschaften unfertiges Wissen bekommen. Imponieren kann dieses Verhalten wirklich nicht. Nachts war die Kundgebung auf dem Marktplatz ja trotz alledem. Die Arbeiterschaft bedarf keiner Unterstützung und keiner Hilfe. Aber sie wird sich über die republikanische Aufrichtigkeit der Beamtenschaft angefaßt dieses auffälligen Befehlens doch ihre eigenen Gedanken machen. Nicht weit nahm sich eine große Zahl von unteren Beamten der Woll in ihrer Uniform aus, sie machten eine rühmliche Ausnahme von der übrigen Beamtenschaft.

Die Redner der Demonstration

Sprachen von 3 Stellen aus. Gen. Abg. Stolz, Sekretär der Landeszentrale der Gewerkschaften, sprach vom Balkon des Rathauses aus; vom Balkon der Stadt Sparlasse aus sprach Stadtdirektor Rübner. Sie geißelten alle scharf das menschenmörderische Verbrechen, das an Rathenau verübt und nicht nur seiner Person galt, sondern insbesondere der Republik. Weil er sich zur Aufgabe gemacht hatte, der Republik zu dienen, darum ist er der nationalpolitischen Verschwörerbande zum Opfer gefallen. Der Word bedeutet einen Anschlag auf die deutsche Republik, die Verfassung und den Volkswahl.

Der Grundton der Reden war überall, daß an den Reichsmördern die gütliche Atmosphäre schuld trägt, die von den nationalpolitischen Parteien, deren Presse und Organisationen ins politische Leben hineingebracht wird. (Stürmischer Beifall.) Die Mörder sind gebundene Hunden. (Stürmischer Beifall.) Die schwarz-weiß-rote Fahne ist die Fahne der Mordtaten geworden. (Allseitige Zustimmung.) Schon aus Verachtung sollte diese Fahne von keinem anständigen Menschen mehr zum Feste herausgehängt werden. Die Arbeiterschaft müsse heute befehlen, daß sie frei zur Republik steht. (Stürmischer Beifall.) Sie geloben der Republik und der Regierung Treue, Schutz und Unterstützung! (Stürmischer Beifall.) Die Arbeiterschaft läßt sich den Weg nicht verammeln, der zum Aufstieg führt. Die deutsche Arbeiterschaft muß die feste Stütze der Republik sein, Deutschlands Armee! (Stürmischer Beifall.)

Ein Redner betonte, daß wir in Deutschland drei Feinde haben: 1. den Verfall der Friedensverträge, der uns wirtschaftlich in die Welt und dessen Reaktion mit geistigen Waffen angestrebt ist; 2. die deutschnationale Politik, die zu zerstören ist; 3. die Uneinigkeit des Proletariats. Einigkeit ist die stärkste Waffe der Arbeiterschaft. Möge der Tod Rathenaus ein Gedächtnis sein für die Einigkeit des deutschen Proletariats. Dann ist die deutsche Republik gesichert, so daß man wie in „Lord Poleson“ getrost sagen könne: Das Banner wird stehen, wenn der Mann auch fällt. (Stürmischer Beifall.)

Das dreifache Hoch, zu dem die Masse aufgefordert wurde, brauste mächtig über den Marktplatz und die Referenten erzielten stürmischen Beifall. Dem Küllschur gleich erhoben sich die Hände der zehntausendköpfigen Menge als Zeichen des Einverständnisses mit folgenden

Forderungen:

- Wirksamer Schutz der Republik durch:
- a) Scharfe Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten.
- b) Forderung des Verfassungsverfassungsgesetzes und des Strafrechts.
- c) Entfernung aller monarchistischen Elemente aus den Reichs- und Staatsverwaltungen sowie allen öffentlichen Ämtern.
- d) Amnestie für alle politischen Gefangenen.

Darauf wurde die Kundgebung für beendet erklärt. Die Demonstration verlief in musterwürdiger Ruhe und Ordnung. Die Arbeiterschaft hat der Reaktion gezeigt, daß sie nicht schläft, daß sie zur Stelle ist, wenn sie gerufen wird. Sie hat aber auch kundgetan, daß sie die Provokationen endlich satt hat. Und es ist für den übergroßen Teil der republikanisch gesinnten Bevölkerung und der Arbeiterschaft eine Provokation, wenn an Duzenden von Geschäftshäusern noch die „Hoflieferanten“ mit dem diesbezüglichen fürstlichen Wappen prangen. Es ist eine Provokation, wenn da und dort noch schwarz-weiß-rote Fahnen, die Fahne der Mörderbande, herausgehängt. Die Studenten provozierten ausnahmsweise nicht, sie hatten „couleurfrei“! Wir verstehen, wenn die Arbeiter diese Provokationen satt haben und die Fahnen herunterholen und verbrennen und wir verstehen es, wenn die Arbeiter nun jene Korrektur der Firmenwappen vornehmen, die die Herren Geschäftsinhaber 4 Jahre verpasst vorzunehmen. Wenn da und dort zu weit gegangen wurde und selbst Ausschreitungen vorkamen, so ist es klar, daß wir das verurteilen. Wir mißbilligen Ungehörigkeiten hüben wie drüben. Dem Bürgertum und seiner Presse bestrafen wir aber jegliches Recht eines Proletariats, solange nicht von seiner Seite gegen das Verbrechen der Stu-

dentent in Heidelberg und Donaueschingen und der besessenen akademischen Jünglinge im Kammerer in Karlsruhe Einpruch erhoben wird. Angesichts dieses standhaften Treibens der reaktionären Studentenchaft ist es verständlich, wenn der Arbeiterschaft endlich die Schuld reißt und sie das tut — aber bei Tagel — wogu Rene nur feigerweise bei Nacht den Mut haben. Die deutschnationalistischen Mörderbeurthe sind nun gewarnt. Es liegt an ihnen, wie sich die Dinge weiterentwickeln werden. — Ein großer Teil der Arbeiter begab sich in den Landtag und nahm dort an der Spezialbesprechung mit den deutschnationalen Volksrechtspartei und Demagogen teil. Und das war ein Sodgenuß!

Der Ausschuß der Studentenschaft

sendet uns zu dem gestrigen Artikel „Eine studentisch-nationalistische Rathenaufeier“ nachstehende Erklärung, die wir hiermit zur Kenntnis unserer Leser bringen:

„Die Karlsruher Studentenschaft beurteilt das in Nr. 146 des „Volkstreu“ vom 27. Juni mitgeteilte Verhalten einiger Studierender bei einem Frühstück in der alten Brauerei Kammerer, falls sich jene Nachricht als zutreffend erweisen sollte, auf das Schärfste. Zur Klarstellung des Falles ist eine Disziplinäruntersuchung beantragt worden. Die betroffenen Verbindungen haben dem Ausschuß der Studentenschaft mitgeteilt, daß bis zur Aufklärung des Sachverhalts jede Beziehung mit den beteiligten Studierenden gelöst worden ist.“

Karlsruhe, den 27. Juni 1922.

Der engere Ausschuß der Studentenschaft

Durch

5. Sämtliche Betriebe, abgesehen von Gas- und Wasserwerk wurden um 3 Uhr geschlossen, teilweise schon mittags, nur die Schulen nicht. Der Schluß um 3 Uhr gewissermaßen erzwungen werden mußte. Zu großer Anzahl (wie schon mindestens 2000) traten sich Arbeiter und Angestellte (das Bürgertum glänzte vollständig durch Abwesenheit) auf dem Platz vor der Post einfinden, wo Gen. Stolz von der S.P.D. und Weinbrecht von der K.P.D. in martialischen Worten die reaktionären Verbindungen geißelten und von den drei Arbeiterpartei an die Reichsregierung gestellten Forderungen herabzudenken, die einstimmige Zustimmung erhielten. Heute abend hatten die 3 Koalitionsparteien in der Festhalle eine gemeinsame Trauerfeier ab, in welcher Staatsrat Schön die Gedächtnisrede halten wird.

Stimmen

Auf gemeinsamen Beschluß des Gewerkschaftsrates und der beiden sozialistischen Parteien wurde auch hier aus Anlaß der Ermordung des Reichspräsidenten Dr. Rathenau eine Demonstration veranstaltet. In allen Betrieben wurde um 3 Uhr die Arbeit eingestellt und Betriebskomitee geordnet marschierten die Demonstranten nach dem Marktplatz, der einwand, den diese gewaltige Versammlung machte, wird sicherlich keine Wirkung auf die hinter den Vorhängen herbeischaudenden Spektakel nicht verfehlen. Diese machtvolle Kundgebung zum Schutze der Republik und zur Verabschiedung des politischen Mordmordes zeigt, daß die Arbeiter- und Beamtenschaft auf dem Damm ist, wenn es gilt, die Republik und das Vaterland vor den deutschnationalen und deutschnationalen Saboteuren zu schützen. Diese Gedanken kamen in den Reden, die gehalten wurden zum Ausdruck. Von der S.P.D. sprach Gen. Stolz, von der U.S.P. Genosse Kruse-Karlbrunn und von den christlichen Gewerkschaften Gewerkschaftsführer Engelmann. Die Ausführungen wurden mit großer Begeisterung aufgenommen und in das Hoch, das Gen. Kruse auf die Republik ausbrachte, wurde freudig eingestimmt. Am Schluß wurden von letzterem Redner auch die bekannten Forderungen der soz. Parteien und der Gewerkschaften an den Reichstag vorgelesen und einstimmig durch Handaufheben angenommen. All die Feinde der Republik und diejenigen Kreise, die die Anordnungen der Regierung auf Schluß und Bürokratie nicht befolgten, mögen es sich zur Warnung dienen lassen, die Arbeiterschaft ist nicht mehr gewillt, mit sich Schindluder treiben zu lassen. Der Wille des Volkes der durch die Regierung ausgedrückt wird, muß auch für sie maßgebend sein. Wenn die Herrschaften der Republik nicht dienen wollen, dann sollen sie aus dem Staatsdienst austreten. Das Volk hat es überlebt, seine Feinde noch weiter im Dienste zu behalten.

Breteln

f. Die Demonstration gegen den Mordmord an Rathenau nahm einen eindrucksvollen Verlauf. Es sprachen unser Gen. Stolz, Staatsrat Schön und ein Redner vom Zentrum. Trotzdem auch bürgerliche Redner sprachen, hielt es das Bürgertum nicht für nötig, an der Kundgebung teilzunehmen, mit Ausnahme von ganz wenigen einzelnen Personen. glänzte die gesamte Bürgerschaft durch Abwesenheit. Die Arbeiterschaft dagegen war vollständig erschienen.

Kundgebungen im Reich

Die gestrigen Kundgebungen aus Anlaß der Ermordung Rathenaus sind in allen Teilen des Reiches meist ruhig verlaufen. Nur in Darmstadt kam es zu Zwischenfällen, die einen ernststen Charakter annahmen. Die Menge drang in die Wohnungen von Abgeordneten der deutschen Volkspartei, Dingeldey und Dr. Mann, ein und zerstörte die Wohnungseinrichtungen. Der Abg. Dingeldey wurde so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Auch der Abg. Mann wurde schwer mißhandelt. Alsbald drang die Menge in die Räume der Hessischen Landesregierung ein, zerstörte die Türen und Fenstergehäusen, demolierte das Mobiliar und warf die Zeitungen und Manuskripte auf die Straße. Auch in der Redaktion des „Tägl. Anzeigers“ wurden sämtliche Fenstergehäusen eingeschlagen und das Mobiliar zerstört, die auch die Zeitungen auf die Straße geworfen. Gegen 7 Uhr abends griff die Polizei ein und feuerte nach einigen blinden Schüssen scharf auf die Menge, worauf diese auseinanderlief. Mehrere Personen wurden verwundet, eine soll getötet worden sein. Erst in den späten Abendstunden ist Ruhe eingetreten.

In Hamburg kam es ebenfalls zu einem Zusammenstoß. Nach Schluß der Demonstrationen kam es beim Aufmarsch der Massen zu einer Schießerei zwischen Demonstranten und einer kleineren Abteilung der Schutzpolizei, die am Bismarckdenkmal Stand hielt. Die Schützpolizei hielt, wie bekannt, entgegen den Anweisungen des Senats mit Gewehren und Wasserwerfern Auffstellung genommen und ein Plakat aufgestellt mit der Aufschrift: „Wer weiter geht, wird erschossen“. Die Demonstranten fühlten sich durch das Plakat provoziert und verurteilten, es zu entfernen, wobei es zu dem Zusammenstoß kam. Die Schutzpolizei gab zunächst Schreckschüsse ab, wodurch jedoch die Demonstranten sich in ihrem Vorgehen nicht aufhalten ließen. Der Zusammenstoß forderte auf Seiten der Demonstranten einen Toten und 6 Verwundete.

Saarbrücken, 27. Juni. In der heutigen Stadtratsversammlung wurde eine sozialdemokratische Entschließung angenommen, in der der Mord an Rathenau auf das Schärfste verurteilt wird, und in der es weiter heißt: Durch nichts wird die Deutscherhaltung des Saargebietes mehr gefährdet, als durch solche verbrecherische Taten gegen die um ihr Dasein kämpfende Republik. Es wurde ferner beschlossene, eine Straße nach Walter Rathenau und eine weitere nach Erzberger zu nennen.

Neue Kundgebungen in Berlin

Berlin, 27. Juni. Heute nachmittags fanden im Lustgarten und auf dem Schlossplatz neue große Kundgebungen der Gewerkschaften und der drei sozialistischen Parteien für die Republik und gegen die Monarchisten statt, an denen etwa 250 000 Personen teilnahmen. Zahlreiche Redner der genannten Parteien und Organisationen sprachen. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Trauerfeier im Reichstag

Berlin, 27. Juni. Die Ausschmückung des Reichstages hatte der Reichspräsident in Verbindung mit dem Generalintendanten des Staatstheaters besorgen gelassen. Vor dem Saal hielten zwölf Regimentskapellen des Auswärtigen Amtes die Ordnung aufrecht. Sozial und Trübner füllten sich mit den Mitgliedern der Parteien, unter denen alle Parteien vertreten waren, und der Führern der Wissenschaft, der Kunst und des öffentlichen Lebens. Die Mitglieder der Reichsregierung, des Reichstages und die Vertreter der Länder nahmen auf ihren gewohnten Sitzen Platz. Das diplomatische Korps mit seinen Damen erschien vollständig in der Lage des Landtages. Um 12 Uhr wurde die Mutter Dr. Rathenaus vom Reichskanzler in die große Mittelgalerie geleitet. Es folgten die nächsten Verwandten. Die umfassen Lampen des Saales flammten auf. Bald darauf betrat der Reichspräsident, der Reichstagspräsident und der Reichskanzler den Saal. Die Versammlung erhob sich von ihren Sitzen und von dranhin drangen die Lärme von Verhörens Oubertüre zu „Coriolan“ herein. Die Musik wurde von der Kapelle der Staatsoper ausgeführt.

Dann betrat der Reichspräsident die Nebentribüne vor dem Saal und führte, nachdem er der Trauer der Nation Ausdruck gegeben und die hohen Charaktereigenschaften und Fähigkeiten des Ermordeten gerühmt hatte, a. a. S.: Geboren durch das Ansehen, das er als Führer deutscher Industrie nicht nur im deutschen Wirtschaftsleben, sondern in der ganzen Welt schon früher genöß, beruhend auf dem Eindruck und der Macht seiner Persönlichkeit, galt sein Wort in der Welt und in den Straßen, die sie zurzeit beherzigen. Er war es in erster Linie, dem die Aufgabe gestellt werden konnte, unser Volk wieder enger in eine politische und wirtschaftliche Beziehung der Welt einzuführen zur Befriedung der ganzen Welt. Die Augen seiner Redegefallen haben ihn aus diesem Wege herausgeführt. Aber die bewachte Lat trat nicht den Menschen Rathenau allein — sie trifft Deutschland in seiner Gesamtheit. Sie ist ein Anstoß auf die Nation, der sie einen der besten Patrioten, der fähigsten Köpfe und Vorkämpfer deutschen Aufstieges erlaubte; sie ist ein Verbrechen an unserem arbeitenden, kühnen und hoffenden Volke, das sie in der Wöche der Trauer auf neue in den zersplitterten Kampf der Lebenskämpfe hineingezogen hat.

Der Reichspräsident schloß seine Rede mit den Worten: Mit tiefem Dank und mit der Versicherung untergeordneter Ebedenkens dränge ich dem hohen Freund und Mitarbeiter des letzten Groß des deutschen Volkes dar!

Nach dem Reichspräsidenten wörmte der Vizepräsident des Reichstages, Reichamtsabgeordneter Dr. Bell dem Verstorbenen einen herzlich gehaltenen Nachruf. Er geißelte die Brutalität, Rücksichtslosigkeit und Sinnlosigkeit des an Rathenau verübten Verbrechens. Zuletzt ergriff der Reichstagsabgeordnete Krell (Demokrat) das Wort zu einer Würdigung Rathenaus und sprach die Aufforderung aus, endlich wirklich das Vaterland über die Partei zu stellen.

Unter den Klängen des Wagnerischen Siegfried-Trauermarsches aus der „Götterdämmerung“ schloß die Feier. Der Saal wurde sodann zum Leidensgang hinausgetragen. Davon leiten sich die Bogen nach Oberhaveln in Betrugung, wo die Beisetzung im Kreise der Angehörigen vor sich ging.

Dem Reichspräsidenten wurden beim Verlassen des Reichstages von vielen Tausenden begeisterte Ovationen dargebracht.

Beileidstelegramme

Berlin, 27. Juni. Fortgesetzt laufen zum Tode des Ministers Rathenau bei der Reichskanzlei und dem auswärtigen Amt Beileidstelegramme vom In- und Ausland in schier unübersehbarer Fülle ein, so von den Staatspräsidenten, von den Regierungen der deutschen Länder, den Präsidenten der Landtage, den Vertretern der Städte und kirchlichen Würdenträgern, von Arbeitergewerkschaften, von demokratischen Reichsbünden, von Studentenverbänden, von Verbänden ehem. Kriegsgenossen. Es fanden ferner Beileidstelegramme eine Reihe von Handelskolonnen, der Schupverband deutscher Schriftsteller, dessen Mitglied Rathenau war, Vertreter der Gewerbeindustrie und des Handels.

Trauerkundgebungen aus dem Ausland

Wien, 27. Juni. Kaiser George hat dem Reichskanzler eine Trauerbotschaft übermitteln lassen, in der er sein tiefes Bedauern über den Tod Dr. Rathenaus und seinen Abscheu über das Verbrechen ausdrückt, welches das deutsche Volk eines seiner ausgezeichnetesten Vertreter beraubt habe. Ferner gingen dem Reichskanzler Beileidstelegramme vom italienischen Ministerpräsidenten Facta, dem italienischen Außenminister Schanzer und dem rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu zu.

Kleine badische Chronik

Reichenbach, 26. Juni. Auf Lokalbahn Brannitz in der Nacht zum Sonntag der Scheitelfuß bis auf den Grund nieder. Der Weiler Johann Klauig mit zehn Kindern und seiner Frau ist obdachlos. Sie konnten nur das rote Leben retten. Das Kleinwies ist verbrannt. Es wird Wiederaufbau vermutet.

Bell i. W., 27. Juni. Der bei der Güterbesatzerei beschäftigte Arbeiter Reinhard Bohnenberg wurde als Reichs aus dem Bahnhofsamt der Seidenfabrik gelandet.

Sornberg, 26. Juni. Das Weib liegt auf der Straße über ein scharfes Hindernis. Als ein Ochsenhändler von Gutsch nach Gausach rabelte, kam ihm ein fünfzigjähriger Mann unter dem Baumstamm, dann ein zweiter, dann ein Hundertler und nach mehrmaligen Würgen hatte er bald 9000 M. gefunden. Dem gebräute das Weib? Im Hause eines Brauereibesitzers ergab sich er sein eigenartiges Erlebnis. Darauf befragte die Frau des Händlers ihren rufenden Mann nach dem Geis eines Schnapsverkaufs. Er antwortete: „Im Kaufad liegen die 10 000 M.“ Es kamen aber aus demselben nur etwa 50 M. in kleinen Scheinen zum Vorschein. Der Eigentümer und der Finder machten sich nochmals auf den Weg und fanden tatsächlich im Wege noch den fehlenden Tausender. Den Finderlohn schlug der Ochsenhändler ab und derweil den Verkäufer damit an die Krantenschwestern.



und zeitweise garnicht zu haben. Da empfiehlt es sich, anstelle der teuren Eier

Dr. Oetker's Milcheiweiß-Pulver

zu verwenden. Dies ist natürliches, aus der Milch gewonnenes Eiweiß, ist nahrhaft und leicht bekömmlich, und eignet sich vorzüglich zur Bereitung von Pfannkuchen, Klößen, Kuchen, Torten u. s. w.

Man verlange umsonst das Rezeptbuch „C.“ in den Geschäften. Wenn vergriffen, schreibe man eine Postkarte an:

Dr. A. Oetker, Bielefeld.



Schweizerische Goldhypotheken Betr.
Die zahlreichen und in letzter Zeit sich häufenden Klagen aus den Kreisen derjenigen deutschen Grundbesitzer, deren Grundstücke mit Goldhypotheken belastet sind, die unter das Deutsch-Schweizerische Abkommen vom 6. Dezember 1920 fallen, haben die Reichsregierung veranlaßt, Erhebungen anzustellen, ob nicht diesen Schuldner in besonders ungünstig gelagerten Fällen eine Unterstützung irgend welcher Art gewährt werden müsse.

Den Schutz der Mieter betr.
Anordnung des Reichsministeriums vom 16. Juni 1922.

Bei Zustimmung des Reichsministeriums und im Einverständnis mit dem badischen Justizministerium wird die Geltungsdauer unserer auf Grund des § 6a der Bekanntmachung zum Schutze der Mieter vom 23. September 1918 in der Fassung des Befehles vom 11. Mai 1920 für die Stadt Karlsruhe erlassenen Bestimmungen, insofern die Vollziehung von Räumungsurteilen nur beschränkt zulässig ist, für die Zeit bis zum 31. März 1923 verlängert.

Hausbesitzer von Karlsruhe!

Am 1. Juli 1922 tritt das Reichsmietengesetz in Kraft! Wir fordern alle Hausbesitzer von Karlsruhe auf, in der Zeit zwischen dem 1. (nicht früher) und 3. Juli 1922 ihren Mietern schriftlich mitzuteilen, daß die Höhe des Mietzinses nach den Vorschriften des Gesetzes berechnet werden soll.

Die neue Mietsätze beginnt ab dem 1. August 1922 bei vierteljährlicher Kündigung am 1. Oktober 1922. Näheres hierüber wird später mitgeteilt.

Der Mietzins selbst läßt sich heute noch nicht genau berechnen.

Grund- u. Hausbesitzerverein Karlsruhe e. V.
Der Vorstand, Deines.

Schlafzimmer-Bilder

Preiswert, Bilder für alle Räume, Rahmen, Schließers Kunsthandlung, Kaiserstraße 38.

Deutschlands Zukunft!

Astrologische, spiritistische Prophezeiungen für 1923 bis 1935. Mk. 10.—

Der Tag des Gerichts!

Prophezeiung über Frankreich auf Grund tausendjähriger Geschichte. Mk. 15.—

Die 3 kommenden Kriege

Deutschlands Aufstieg in den kommenden Wirren. Mk. 18.—

Nachnahme, Porto extra.
Buchverand Elmer, Stuttgart, Schloß-Straße 57 B.

Städt. Konzerthaus

Gesamtgastspiel des neuen Operntentheaters Bonn.
Leitung: Direktor Adalbert Steffter.
Samstag, 1. Juli 1922, abends 7 1/2 Uhr

Alt Wien.

Operette in 3 Akten von Joseph Lanner. In Szene gesetzt von Direktor Adalbert Steffter.
Sonntag, 2. Juli 1922, nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr

Alt Wien.

Operette in 3 Akten von Joseph Lanner. In Szene gesetzt von Direktor Adalbert Steffter.
Sonntag, 2. Juli 1922, nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr

Villige Strümpfe!

Alle Qualitäten, auch für und Seiden, werden annehmbar oder aus 6 Paar 4 Paar erneuert. Geheißt auch neue wollenen Strümpfe in all Größen zu haben. Strampferneuerungsanstalt E. Engelhard, Gartenstr. 11.

Fahrrad-Gebirgs-Mäntel

erfolgreiche Ware, noch frühere Preise. (Kauf lohnt sich, da selten günstiger Einkauf.)
Eugen Schaeffer, Durlach, Hauptstr. 81 b. Bahnhof.

Sommerproffen.

Gewinnlich, Verachtung in 1 Minute wie abgemessen. Unschädlich. Alles abertreffend. Garantie! Mittel 40 Kart. Wilt. Wenz, Wollweil, Gelsen. 11472

Neu-Möbel

Verkauf von Möbeln, Dreher, Karl Rauch, Straße 3

HAMBURG-AMERIKA LINIE

UNITED AMERICAN LINES INC
NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA

AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer.

Einmal wöchentliche Abfahrten von HAMBURG NACH NEW YORK

Auskünfte und Drucksachen durch HAMBURG-AMERIKA LINIE

Nachnahme, Porto extra.
Buchverand Elmer, Stuttgart, Schloß-Straße 57 B.

Nachnahme, Porto extra.
Buchverand Elmer, Stuttgart, Schloß-Straße 57 B.

Nachnahme, Porto extra.
Buchverand Elmer, Stuttgart, Schloß-Straße 57 B.

Strassenbahn.

Mit Rücksicht auf die am 30. d. Mts. durch den Bürgerausschuß zu beschließende Tarifserhöhung kann die Erneuerung des Monatskarten für den Monat Juli erst vom 1. Juli mittags 1 Uhr ab durch die bekannten Kartenverkäufer anstellen erfolgen.

Die Gültigkeit der für den Monat Juni ausgegebenen Monatskarten wird ausnahmsweise verlängert und zwar bis einschließlich Montag, den 3. Juli 1922.

Der Frühzug 5¹⁰ Uhr ab Wülzburg nach dem Hauptbahnhof verkehrt vom 1. Juli 1922 ab 10 Minuten früher. 1213
Karlsruhe, 28. Juni 1922.
Städt. Bahnamt.

Photographien

Postkarten-Porträts Gruppen Vergrößerungen Rausch & Pöster
Karlstraße Erbprinzenstr. 3

Hobelmeister

für 2 Maschinen nach Bayern, günstig gelegen, gesucht. Wohnung mit 3-4 Zimmern vorhanden.
Offerten unter Nr. 1539 an das Postfachbüro erbeten.

Sommerjoppen

Arbeitsjoppen Anzüge 4103
billig zu verkaufen
R. Sillig, Karlsruherstraße 17.

Tisch-Bett-Wäsche

bearbeitet 2400
Schorpp
Kragen-Wascherei.

Sommerjoppen, Bindjacken,

Hoten, feld u. geirte, Trikots, blaue Leinwand, Auszüge, Kuchentische, Arbeitsstühle in großer Auswahl, Samstagen, Hemden, Unterhosen etc. ist best abzugeben. Weiter, neben Kriegsstraße 68 (Laden).

Verkauf von Neu-Möbel

Verkauf von Möbeln, Dreher, Karl Rauch, Straße 3

Verkauf von Neu-Möbel

Verkauf von Möbeln, Dreher, Karl Rauch, Straße 3

Verkauf von Neu-Möbel

Verkauf von Möbeln, Dreher, Karl Rauch, Straße 3

Verkauf von Neu-Möbel

Verkauf von Möbeln, Dreher, Karl Rauch, Straße 3

Verkauf von Neu-Möbel

Verkauf von Möbeln, Dreher, Karl Rauch, Straße 3

Verkauf von Neu-Möbel

Verkauf von Möbeln, Dreher, Karl Rauch, Straße 3

Verkauf von Neu-Möbel

Verkauf von Möbeln, Dreher, Karl Rauch, Straße 3

Residenz-Lichtspiele

Waldstraße 30 — Telefon 5111.
Ab Mittwoch, den 28. bis einschl. Freitag, den 30. Juni

Der Fall Paliser

5 Akte.
In den Hauptrollen: Pauline Friedrick, Albert Roscoe.

Der Bankräuber von Pittsburg

(Das brennende Tal) 6 Akte. 4106
In den Hauptrollen: Friedrich Ullmer, Vera Jäger-Scherer.

Badisches Landestheater.

Mittwoch, den 28. Juni, 7 1/2 u. 10 Uhr. Mk. 55.—
Abonnement B 5 u. E 5. Th.-Gem. B. V. B. Nr. 501—1000 und 2901—3000 1211

Der Postillon von Lonjumeau.

Versteigerung.

Donnerstag, den 29. Juni, nachmittags 2 Uhr, wegen Bezugs Eisenstraße 33, 2. Et. links, gegen bar:

1 vollständige 3 Zimmerwohnung, best. aus: vollst. hoch. Schlafzimmern mit Vertümlereinlage, Wohnzimmer, Küche, Sofa, Lehnstühle, Kamin, Verkleidung, Bilder, Spiegel, schön Spiegelglas, gebrochener Waschtisch mit Tisch, Badewanne, elektrische moderne Wässer, Weinisch (100 Liter), kleiner Verteilungswagen (10 Str. Tragkraft), Küchengeräte u. versch. Hausrat. 4197

S. Sonntag, Auktionator
Durlacher Allee 10, Telefon 959.
Die Gegenstände können Donnerstag von 10 bis 12 Uhr besichtigt werden.

Pudding-Pulver

SINNER-AG. KARLSRUHE-GRUNWÄTZEL

Speisenwürze

SINNER-AG. KARLSRUHE-GRUNWÄTZEL

Der Versuch mit meiner

erstkl. Dauerwäsche erspart Ihnen viel Geld und Ärger. Sie bekommen solche in der vollkommensten Ausführung nur...
Kaiserstraße 40.

Durlacher Anzeigen.

Bachzins für Kleingärten.

Die Pächter der städt. Kleingärten werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Stadtrat beschloßen hat, die Bachzins für Kleingärten ab Winter 1922 bis 15. März 1922 um 100 Proz. zu erhöhen. Der erhöhte Bachzins ist am Fälligkeitstermin an die hiesige Stadtkasse ohne vorherige Aufforderung zu bezahlen.

Bei der großen Anzahl von städt. Kleingärten, ist es nicht möglich, jedem Pächter eine schriftliche Benachrichtigung zugehen zu lassen. Einwendungen gegen diese Bachzinsserhöhung sind innerhalb 14 Tagen beim Bachzinsgericht (Amtsgericht Durlach) zu machen. Nähere Auskunft über die Fälligkeit der Bachzins wird auf dem Rathaus 3. Stock Zimmer Nr. 6, während den Geschäftsstunden mündlich erteilt.
Durlach, den 24. Juni 1922. 1218
Der Bürgermeister.

Nastatter Anzeigen.

Veränderung der Bauhöhe in der Zäunstraße betr.
Die Straßen- und Bauhöhe für die Zäunstraße, zwischen Karlsruher- und Ritterstraße, wurde durch rechtskräftigen Beschluß des Bezirksrats vom 21. Februar 1922, nach dem untern 17. Stöckr. 1921 vorgelegten Pläne gemäß § 5 D.St.G., abgeändert und für festgesetzt erklärt.
Die Einricht des festgestellten Planes ist jedermann gebührenfrei gestattet. 1215
Karlsruhe, den 28. Juni 1922.
Das Bürgermeisteramt.
Kerner. Joller.

Anzüge, Hoson

gestreift und feldgrau, blau und Drillich, Sommer-Joppen, sonst. Kleidungs-Stücke kaufen Sie billig bei
Glötzer 2881
Zähringerstraße 53a.
Fahnen und Banner in jeder Ausführung Vereins-Bedarfsartikel Kostenanschläge ohne Verpflichtung.
A. Krawehl, Stettin 1.

Ueberseekoffer

Coupekoffer, Reisetaschen, Rucksäcke, Kofferhaus, Geschw. Lämle, 51 strasse 51

Vereinigte Arbeiter-Vereine von Ruppurr

(Arbeiter-Turner, -Sänger, -Radfahrer und Naturfreunde).
Sonntag, den 2. Juli, auf dem Spielplatz in der Waldspitze bei der Gartenstadt

Volks-Fest

Programm: Sonntag früh Wecken, 11 Uhr: Preisgelein auf dem Festplatz, 1/2 Uhr: Aufstellung zum Festzug. Auf dem Festplatz: Turnerische Aufführungen, Radfahrereigen, Festrrede. Die gesamte Einwohnerschaft von Ruppurr ist bestens eingeladen.

Unsere Tages- und Abendkurse

beginnen am 1. und 15. jeden Monats
Anmeldungen an
Näh- und Zuschneideschule
Morlock, Marienstr. 45.

Zeitungssträger(in).

Werber oder Werberinnen wollen sich a l s b e i dem Fern-Zustieg Ernst, Friedrichstraße Nr. 8 in Sehl melden.
Verlag des Volksfreund
Geß & Co.

Zeitungssträger(in).

Werber oder Werberinnen wollen sich a l s b e i dem Fern-Zustieg Ernst, Friedrichstraße Nr. 8 in Sehl melden.
Verlag des Volksfreund
Geß & Co.

Zeitungssträger(in).

Werber oder Werberinnen wollen sich a l s b e i dem Fern-Zustieg Ernst, Friedrichstraße Nr. 8 in Sehl melden.
Verlag des Volksfreund
Geß & Co.

Zeitungssträger(in).

Werber oder Werberinnen wollen sich a l s b e i dem Fern-Zustieg Ernst, Friedrichstraße Nr. 8 in Sehl melden.
Verlag des Volksfreund
Geß & Co.

Zeitungssträger(in).

Werber oder Werberinnen wollen sich a l s b e i dem Fern-Zustieg Ernst, Friedrichstraße Nr. 8 in Sehl melden.
Verlag des Volksfreund
Geß & Co.

Zeitungssträger(in).

Werber oder Werberinnen wollen sich a l s b e i dem Fern-Zustieg Ernst, Friedrichstraße Nr. 8 in Sehl melden.
Verlag des Volksfreund
Geß & Co.

Zeitungssträger(in).

Werber oder Werberinnen wollen sich a l s b e i dem Fern-Zustieg Ernst, Friedrichstraße Nr. 8 in Sehl melden.
Verlag des Volksfreund
Geß & Co.

Zeitungssträger(in).

Werber oder Werberinnen wollen sich a l s b e i dem Fern-Zustieg Ernst, Friedrichstraße Nr. 8 in Sehl melden.
Verlag des Volksfreund
Geß & Co.

Zeitungssträger(in).

Werber oder Werberinnen wollen sich a l s b e i dem Fern-Zustieg Ernst, Friedrichstraße Nr. 8 in Sehl melden.
Verlag des Volksfreund
Geß & Co.

Zeitungssträger(in).

Werber oder Werberinnen wollen sich a l s b e i dem Fern-Zustieg Ernst, Friedrichstraße Nr. 8 in Sehl melden.
Verlag des Volksfreund
Geß & Co.